

Arbeitsmarkt: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert...	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
einen einheitlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.	Verpflichtung der Tarifparteien zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen in Branchen ohne Tarifvertrag; regionale/ sektorale Differenzierungen möglich. 	Einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. 	Kein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn. 	Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro, weitere Steigerung auf mindestens 12 €. 	Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 €. 
Leiharbeit verhindern und eindämmen: Gleiche Arbeit – Gleiche Rechte – Gleiches Geld, Begrenzung Verleihdauer, Synchronisationsverbot, Ausbau Mitbestimmung.	Festhalten an Abweichmöglichkeit von Equal-Pay durch Tarifvertrag; gegebenenfalls Prüfung von Handlungsbedarf. 	Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; Synchronisationsverbot wieder einführen; Ausbau der Mitbestimmung des Betriebsrates. 	Kein Handlungsbedarf. 	Langfristig ein Verbot der Leiharbeit, bis dahin: Equal Pay, Flexibilitätszulage von 10%, Begrenzung der Verweildauer auf wenige Monate; Synchronisationsverbot. 	Mindestens die gleiche Entlohnung, wie Stammbeschäftigte; Flexibilitätsbonus; Gleiche Rechte ab dem ersten Tag. 
die Abschaffung sachgrundloser Befristungen.	Einschränkung befristeter Beschäftigung. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 	Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 	Abschaffung sachgrundloser Befristungen. 
die Abschaffung des Sonderstatus der Minijobs.	Festhalten am Sonderstatus der Minijobs. 	Umgehung des Arbeitsrechts bei Minijobs ausschließen und soziale Absicherung verbessern. 	Festhalten an Minijobs in der jetzigen Form. 	Volle Sozialversicherungspflicht für Minijobs ab der ersten Stunde. 	Begrenzung Anzahl Minijobber pro Betrieb, Stundenobergrenze, Gleichbehandlung. Einstieg in Reform der Sozialversicherungspflicht. 
die stärkere Ausrichtung auf nachhaltige Vermittlung in gute Arbeit.	Frühzeitige Aktivierung Arbeitsloser und schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt. 	Vorrangig: sozialversicherungspflichtige, gute Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt; bessere Betreuung Arbeitsloser. 	Verbesserung des Fallmanagements und des Betreuungsschlüssels. 	Rechtskreisübergreifende Stärkung der Vermittlung in gute Arbeit und nachhaltige Maßnahmen; Rechtsansprüche für Arbeitslose auf Fördermaßnahmen. 	Verbesserung der Weiterbildung für Arbeitslose; Wahlrecht für Arbeitslose bei Maßnahmen. 
die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I auf bis zu 36 Monate.	Diese Verlängerung wird von der Union nicht befürwortet. 	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. 	Diese Verlängerung wird von der FDP nicht befürwortet. 	Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Umfang unklar. 	Eine solche Verlängerung ist nicht vorgesehen. 
die Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre.	Keine Änderung vorgesehen. 	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. 	Keine Änderung vorgesehen. 	Verlängerung der Rahmenfrist von zwei auf drei Jahre. 	Arbeitslosengeld, wenn mindestens 4 Monate innerhalb von 2 Jahren Beiträge gezahlt wurden. Anspruch steigt mit der Dauer der Beitragszahlung. 
bedarfsgerechte und existenzsichernde Regelsätze und ihre deutliche Anhebung sowie die Abschaffung von Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger.	Es wird kein Veränderungsbedarf der derzeitigen Regelung gesehen. 	Die SPD tritt für verfassungsfeste Regelsätze ein. Keine Abschaffung oder Aussetzung von Sanktionen vorgesehen. 	Schrittweise Einführung eines liberalen Bürgergeldes (Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen); keine Änderung bei Sanktionen. 	Statt Hartz IV sanktionsfreie Mindestsicherung, kurzfristig Anhebung des Regelsatzes auf 500 € und Abschaffung der Sanktionen. 	Anhebung des Regelsatzes auf 420 €; statt Bildungs- und Teilhabepaket Erhöhung des Kinderregelsatzes; Sanktionsmoratorium bis zur Erarbeitung neuer Regeln. 
Zumutbarkeitsregelungen, die Arbeitslose nicht zwingen, untertariflich/ortsüblich zu arbeiten.	Keine Veränderung vorgesehen. 	Keine Vermittlung in Arbeit unterhalb ortsüblicher Entgelte. 	Keine Veränderung vorgesehen. 	Unzumutbar soll Arbeit sein, die untertariflich bezahlt wird bzw. unterhalb von 10 € liegt. 	Keine Veränderung vorgesehen. 



Zustimmung



Zum Teil Zustimmung



Ablehnung

Quellen: CDU/CSU-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; SPD-Regierungsprogramm 2013-2017, Positionen/Beschlüsse; Bündnis 90/Die Grünen Bundestagswahlprogramm, 2013, Positionen/Beschlüsse; FDP Bürgerprogramm (Wahlprogramm) 2013, Positionen/Beschlüsse; Die Linke Wahlprogramm 2013, Positionen/Beschlüsse

Generelle Anmerkungen zur Tabelle

Die Tabelle stellt die Forderungen der IG Metall den programmatischen Positionen der Parteien gegenüber. Sie kann horizontal, in der Zeile gelesen werden, um festzustellen, bei welchen Fragestellungen es mehrheitlich Übereinstimmung zwischen IG Metall und den Parteien gibt und einen ersten Anhaltspunkt zu gewinnen, für welche Forderungen Anknüpfungspunkte existieren.

Die Tabelle kann auch vertikal, in der Spalte gelesen werden, um zu sehen, welche Partei die größte programmatische Übereinstimmung bietet. Insoweit stellt

sie einen Diskussionsanreiz mit Blick auf die Wahl dar. Sie enthebt die jeweilige Betrachtlerin bzw. den jeweiligen Betrachter jedoch nicht, eine eigenständige Wahlentscheidung zu treffen. Denn die Tabelle sagt nichts darüber aus, welche Wertigkeit dem Politikfeld generell beizumessen ist. Auch enthält die Tabelle keine Aussage über die Gewichtung der einzelnen Forderungen untereinander. Schlussendlich: Beurteilt werden die programmatischen Aussagen.

Ob und in welchem Umfang die Parteien ihre Programmatik tatsächlich umsetzen, wenn sie in Regierungsverantwortung gelangen, ist ungewiss.

Anmerkungen zu Parteipositionen und deren Bewertung

Die CDU/CSU hat ihr Wahlprogramm mit einem Finanzierungsvorbehalt versehen (keine Steuererhöhungen, keine zusätzlichen Schulden). Insoweit ist unklar, inwieweit die Union ihre eigene Programmatik für umsetzbar hält und inwieweit konkret finanzrelevante Änderungen bei der Arbeitsmarktpolitik möglich sind.

Die Vorschläge der SPD verbessern die Situation der Minijobber/innen, unklar bleibt jedoch, wie eine eigenständige soziale Absicherung aussehen soll. Die Forderung nach Einführung der Sozialversicherungspflicht wird nicht explizit erhoben. Bei der Frage der Zumutbarkeitsregeln benennt die SPD die ortübliche Entlohnung als Orientierungsmaßstab. Mit einer Ori-

entierung auch an tariflicher Entlohnung geht die IG Metall an dieser Stelle weiter.

Bei der Partei Die Linke bleibt offen, wie lang genau die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verlängert werden soll. Ebenso ist bisher offen, wie genau die Alternative zu Hartz IV aussehen soll.

Die Vorschläge von Bündnis 90/Die Grünen tragen zu einer Verbesserung der Situation der Minijobber/innen bei, unklar bleibt allerdings, was mit einem „Einstieg in eine Reform“, die „eine Sozialversicherungspflicht ab hundert Euro einführt“ und „die heutigen Minijobs sozialverträglich ersetzt“, genau gemeint ist.